



Münster, den 22.01.2018

Ratsantrag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP zur sofortigen Beschlussfassung

## **ZAB Münsterland**

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu klären, ob die Möglichkeit besteht, die von der Landesregierung geforderte Einrichtung einer Zentralen Ausländerbehörde in einer der Umlandgemeinden zu realisieren.
2. Sollte die Klärung zu 1 positiv ausfallen, beginnt die Verwaltung umgehend mit der Standortsuche zwecks Erstellung einer entsprechenden Vorlage.

### **Begründung:**

Der Rat der Stadt hat mit der am 20.09.2017 verabschiedeten Resolution gegen Abschiebungen nach Afghanistan offiziell die politische Linie der Bundesregierung kritisiert. Die Ablehnung einer ZAB im Stadtgebiet Münsters ist dennoch nur vordergründig konsequent, da die Ablehnung jeglicher Verantwortung wohl kaum zu einer Verbesserung der mit der Resolution kritisierten Praxis führen wird.

Auch wenn die Stadt Münster vom Land mit dem Aufbau und Betrieb einer ZAB beauftragt wird, lässt sich am Beispiel Bayern<sup>[1]</sup> vermuten, dass nicht-kommunale Behörden ohne Publikumsverkehr keineswegs an das betreffende Stadtgebiet gebunden sind und ausgelagert werden können.

So bestünde die Möglichkeit der Forderung des Landes nachzukommen, ohne dabei das Wesen einer weltoffenen Stadt zu verletzen. Es bestünde weiterhin die Möglichkeit, zum Beispiel bei der Auswahl des Personals, auf diese Behörde in unserem Sinne einzuwirken.

Wir sind der Meinung, dass für eine solch folgenreiche Entscheidung alle Optionen auf dem Tisch liegen sollten, die Umsetzung von Beschlusspunkt 1 ist daher alternativlos.

Gez.

Johannes Schmanck  
Franz Pohlmann

1: <https://www.stmflh.bayern.de/landesentwicklung/verlagerungen/>